

5

Demokratie gegen Menschenrechte und Rechtsstaat

Inhalt

	Historischer Trend zur Durchsetzung der Menschenrechte?	1
	Trendumkehr – was dann?	2
10	Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit	3
	Zugehöriges Menschenbild.....	4
	Zugehöriges Gesellschaftsbild.....	4
	Volkswille vorrangig	4
15	Zugehöriges Gesellschaftsbild.....	5
	Zugehöriges Menschenbild.....	5
	Neue Vorstellungen von „Wir sind das Volk“ auch in Deutschland	6
	Zugehörige Mentalität.....	10
	Durch Regionalisierung mehr Demokratie?.....	11
20	Regionalisierung mit anderen Werten in der Gemeinschaft leben.....	12
	„Illiberale Demokratien“	13
	Sind Volksabstimmungen – Plebiszite das Mittel zu mehr Basis-Demokratie?	14
	Komplexität der verschiedenen Materien.....	14
25	Geld und Solidarität	15
	Ausblick	16

Historischer Trend zur Durchsetzung der Menschenrechte?

30 Ein scheinbares Kuriosum aus der Vergangenheit:
In der Schweiz hat es am längsten gedauert, bis Frauen das allgemeine und gleiche Wahlrecht bekamen. Es bedurfte mehrerer Anläufe bei Volksabstimmungen, bis im Bund 1971 das Frauenwahlrecht nach einer neuen Volksabstimmung eingeführt wurde¹.

35 Wären wir heute noch fähig und willens, solch gravierende Abweichungen von dem, was wir als grundsätzliche Bürgerrechte, Gebot der Gleichheit und der Nichtdiskriminierung also als Grundrechte bezeichnen, in einem Land, mit dem wir in einer politischen Gemeinschaft leben, auszuhalten? Und sollten wir sowas dulden oder
40 sollten wir mit staatlicher Macht darauf drängen, dass die Menschenrechte von außen aufgezwungen werden? Und wer wäre dabei „wir“?

Die Welt und Europa hat das reine Männerwahlrecht in der Schweiz über viel Jahre ausgehalten – auch nachdem die Schweiz dem Eu-

Scheinbar unaufhaltsamer Trend zu Gleichheit und Demokratie

¹ Im Kanton Appenzell Innerrhoden fand sich eine solche Mehrheit nie. Dort wurde das Frauenwahlrecht schließlich durch eine neue Auslegung des Verfassungsartikels nach 1989 herbeigeführt. Einerseits bricht auch in der Schweiz Bundesrecht Landesrecht und andererseits steht in der Verfassung seit 1789 etwas vom „Stimmbürger“, was nicht ausschließt, dass damit auch die Stimmbürgerin gemeint sei.

5 roparat beigetreten war und die Europäische Konvention für Menschenrechte unterschrieben hatte und trotzdem in einigen Kantonen diese Diskriminierung beibehielt.

Heute kommt einem das absurd vor. Damals schmunzelte man im Ausland eher über die hinterwäldlerischen Kantone als Lokalkolorit. Man hatte Vertrauen, dass die Schweizer sich dem allgemeinen Trend nicht ewig entgegenstellen könnten. Und das stimmte schließlich ja auch. Können wir also Vertrauen in den Lauf der Geschichte haben: Der Trend zur Gleichheit wird sich schon weltweit durchsetzen?

15 Am aktuellen Rand weicht ja selbst in Saudi Arabien die Diskriminierung der Frauen ein klein wenig auf. Das scheint den Glaube in den Trend zu unterstützen.

Trendumkehr – was dann?

20 Aber wenn Grundrechte heute in Europa von demokratisch gewählten Institutionen eingeschränkt werden, was machen wir dann? Achten wir dann die Volkssouveränität genauso wie damals in der Schweiz? Akzeptieren wir, dass Bevölkerungen mit Mehrheit Menschenrechte einschränken oder außer Kraft setzen?

25 Wir wiegen uns in Sicherheit. Die Menschenrechte sind ja durch die Verfassungen der Länder und durch x internationale Verträge abgesichert. Der breiteste Konsens unter den europäischen Staaten besteht bei den Menschenrechten. Schließlich sind 47 Staaten Mitglieder des Europarates und haben die Europäische Konvention für Menschenrechte unterschrieben². Und damit können sich die Bürger dieser Länder auch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen ihre eigenen Staaten wenden³. Sie sind außerdem auch alle Mitglieder der UNO, und haben daher auch deren Menschenrechtscharta unterzeichnet. Was kann da noch passieren – und schließlich sind die Grundrechte ja im ureigensten Interesse der Bürger selbst. Wer sollte bei der starken rechtlichen Verankerung im Inneren und nach außen wagen, sie anzugreifen?

Und nun kommt z.B. das:

40 Ich zitiere aus einem Beitrag von Thomas Borchert in der Frankfurter Rundschau vom 24.10.2017. Darin sind viele Äußerungen wörtlich wiedergegeben. „Bei einer Umfrage im September war eine klare Mehrheit von 48 gegen 34 Prozent der befragten Dänen für einen kompletten Austritt ihres Landes aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, wenn die Bedingungen zur Ausweisung krimineller Ausländer nicht erweitert werden.“ Morton Messerschmidt ist für die rechtspopulistische Partei DF (Dänische Volkspartei) Europaabgeordneter und hat die meisten persönlichen Stimmen in Dänemark erhalten. Die Partei ist Mehrheitsbeschaffer für die jetzige Minderheitsregierung in Dänemark. „Mortenschmidt“ sagte danach zu den Menschenrechten: „Egal mit welchen parfümierten Parolen sie sich schmücken, der Gestank lässt sich nicht verbergen. **Die Menschenrechte sind ein Angriff auf die Demokratie.**“ (Hervorhebung von mir) Nicht nur die DF sondern auch der liberale Minis-

Scheinbare Absicherung der Menschenrechte als unsere gemeinsamen Werte

Aktuell Angriff auf die Grundrechte ...

² außer Weißrussland praktisch alle, sogar solche im Kaukasus, von denen die meisten hier kaum ahnen, dass sie auch zu Europa gehören (wollen.)

³ Der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)** ist ein auf Grundlage der **Europäischen Menschenrechtskonvention** (EMRK) eingerichteter Gerichtshof mit Sitz im **französischen Straßburg**, der Akte der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in Bezug auf die Verletzung der Konvention in allen Unterzeichnerstaaten überprüft. Der EMRK sind alle 47 Mitglieder des **Europarats** beigetreten. Daher unterstehen mit Ausnahme von **Weißrussland** und dem **Vatikanstaat** sämtliche international anerkannten **europäischen** Staaten einschließlich **Russlands**, der **Türkei**, **Zyperns** und der drei Kaukasusrepubliken **Armenien**, **Aserbaidschan** und **Georgien** der Jurisdiktion des EGMR.^[1] Jeder kann mit der Behauptung, von einem dieser Staaten in einem Recht aus der Konvention verletzt worden zu sein, den EGMR anrufen.

5 terpräsident Lars Loeke Rasmussen erklärt frank und frei: „*dass er
`vor Wut zittert` wenn Menschenrechtsbestimmungen mal wieder
die Abschiebung eines kriminellen Ausländers blockieren.*“

Oder in Polen versucht die PiS – Mehrheitspartei durchzusetzen,
dass die Richter an den Gerichten direkt von der Regierungsmehr-
10 heit ernannt werden. Damit wäre die Unabhängigkeit der Gerichte
dahin. Zwar hat Präsident Duda einerseits gegen zwei der Gesetze
Einspruch erhoben und eigene Vorschläge gemacht, und die EU
Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Aber
15 andererseits ist schon in den nicht beanstandeten Gesetzen be-
schlossene Sache, dass der Justizminister die allgemeinen Richter
selbst ernennt, und damit die Unabhängigkeit der Rechtsprechung
nicht mehr gewährleistet ist. Und Sanktionen der EU gegen ein
Land muss der Europarat einstimmig beschließen, und Ungarn hat
20 schon signalisiert, dass es Polen den Rücken stärken wird in sei-
nem Kampf, die Wertegrundlage der EU nicht zu beachten, und ei-
ne Verurteilung Polens in einem Vertragsverletzungsverfahren ver-
hindern wird.

...und den Rechtsstaat

Was ist also, wenn Völker (in ihrem durch Wahlen oder Plebisziten
geäußerten Willen) sich durch Menschenrechte und Gewaltentei-
25 lung in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte behindert füh-
len? Können wir gegen den demokratischen geäußerten Volkswillen
allgemeine Prinzipien aufrechterhalten – z.B. gegen das Minarett-
verbot in der Schweiz? Und wie soll das gehen, wenn die Staaten
dann z.B. aus den internationalen kollektiven Verträgen ausstei-
30 gen? Z.B. aus dem Europarat oder der EU ausscheren. Seit dem
Brexit wissen wir, dass das keine theoretische Frage, sondern
brandaktuell ist.

Heute gibt es in vielen Gegenden viele Menschen, die keine Aus-
länder haben oder die Religionsfreiheit in ihren öffentlich sichtba-
35 ren Ausprägungen einschränken wollen. Die Schweizer haben bei
einem Referendum im Jahr 2009 mit Mehrheit entschieden, dass in
ihrem Land keine Minarette gebaut werden dürfen. In einigen euro-
päischen Ländern wird das Tragen einer Burka verboten⁴.

Könnte es darauf hinauslaufen, dass es in Europa nicht nur ver-
40 schiedene Geschwindigkeiten sondern auch Richtungen gibt? Bei
der Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper – beim Abtrei-
bungsrecht – haben wir das ja auch – manche meinen „noch“. Die
Regelungen liegen zwischen striktem Verbot bis zu Fristenregelun-
gen. Ist Europa eine Wertegemeinschaft in engen Grenzen – oder
45 in weiteren? Wie ist das beim Rechtsstaat und der Gewaltentei-
lung?

Europa nicht der ver-
schiedenen Geschwin-
digkeiten sondern der
verschiedenen Richtun-
gen

Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit

50 Unsere Sichtweise ist, dass Demokratie und Menschenrechte sich
gegenseitig bedingen⁵. Ohne die Freiheit der Personen, ihre unver-
brüchlichen Menschen- und Bürgerrechte kann es keine Demokratie
geben. Nur Freie können frei ihre Meinung äußern, Vereinigungen
bilden, ohne Angst vor Repressalien ein demokratisches Gemein-
wesen aufbauen. Und gegen Machtansprüche der Mehrheiten oder
55 Regierungen schützen die Menschen unabhängige Gerichte, zu de-

⁴ auch wenn das z.B. in Österreich vordergründig als allgemeines Vermummungsverbot formuliert ist, das aber mit so
vielen Ausnahmen wieder versehen wurde, dass nur das Verschleiervorbot für Muslime übrig bleibt.

⁵ Vergleiche auch Heiner Bielefeldt: „Philosophie der Menschenrechte“ Darmstadt 1998 ISBN 3-89678-102-3 Kap. IV 6
„Menschenrechte und Demokratie“

5 nen jeder unabhängig von seinem Einkommen Zugang bekommen muss. Der Sozialstaat und die materielle Gleichheit müssen soweit ausgebaut sein, dass die Menschen ohne Angst vor Elend frei agieren können.

Zugehöriges Menschenbild

10 Der Mensch ist ein freies Individuum, das sich nach eigenen Einsichten entscheidet, Vereinigungen mit anderen Menschen eingeht, seinen Willen frei kund tut und am geordneten Willensbildungsprozess als Gleicher unter Gleichen teilnimmt und deswegen keine Sanktionen zu befürchten hat.

Zugehöriges Gesellschaftsbild

15 ist die pluralistische Gesellschaft. Eine Vielfalt von unterschiedlichsten Menschen, Menschengruppen, Charakteren, Interessen, Herkunftsn usw. treffen aufeinander und agieren miteinander zum gegenseitigen Wohlergehen. Es ist ein System der Arbeitsteilung,
20 das zusammengehalten wird durch das gemeinsame Recht. Jeder, der in diesem Rahmen agiert, hält sich an das Recht und ist ihm unterworfen. Über Verletzungen des Rechts auch in zivilen Verträgen urteilen unabhängige Gerichte. Die dürfen nicht bestechlich sein. Und die ausführenden Staatsorgane halten sich an Gerichtsentscheidungen. Internationale Gerichtsentscheidungen sind den
25 der nationalen Gerichte übergeordnet. Insofern schränken internationale Gerichte die Volkssouveränität durchaus ein.

Volkswille vorrangig

30 Die andere Sichtweise geht vom absoluten Vorrang des Volkswillens aus. Das Volk ist der Souverän. Es rastet und ruht nicht, bis es nicht alle Institutionen seinem Willen unterworfen hat. Dass gar ausländische Institutionen über das Volk bestimmen können dürfen, erscheint danach geradezu absurd, wenn es schon einheimische auch oberste Gerichte nicht dürfen sollen.

35 Und dieser Aspekt, dass alle Macht vom Volke ausgehen müsse, wird auch unter denjenigen in Deutschland diskutiert, die den pluralistischen, demokratischen Rechtsstaat befürworten. Er war ja 1933 zusammengebrochen und in Westdeutschland von den Westalliierten wieder eingeführt worden. Die Deutschen hatten ihn sich selbst nicht erkämpft und nie in einer Volksabstimmung direkt angenommen. Die so gestaltete Verfassung wurde unter Aufsicht der Alliierten geschrieben und unter Kontrolle der hohen Kommissare praktiziert / eingeübt. Deswegen versuchte die nächste Generation der westdeutschen Politiker und aktiven Bürger dieses Demokratiedefizit mit den Volksbewegungen wie bei der Spiegel-Affäre und dem Spruch „Was Du ererbt von Deinen Alliierten, erwirb es, um es zu besitzen!“ zu heilen. Die ostdeutschen Volksbewegungen hin zu westdeutschen Verhältnissen, die schließlich 1990 durch den Beitritt der neuen Bundesländer gekrönt wurde, schienen zu bestätigen, dass die Deutschen insgesamt die pluralistische Form der
50 Demokratie angenommen hätten.

Nun zeigen sich aber neuerdings Tendenzen, die von diesem anderen Demokratieverständnis ausgehen. Danach setzt sich das Volk nicht aus vielen unterschiedlichen Individuen unterschiedlicher
55 Weltanschauungen, Interessen, Lebensweisen, Herkunftsn usw. zusammen. Nein, danach bilden sie einen einheitlichen Volkskörper. Der egalisiert die Unterschiede. Das Volk und nicht das Individuum soll daher der Träger der Freiheit sein.

Deutschland erringt demokratische Legitimation langsam zurück

Ansätze zum Rückfall in alte Missverständnisse

5 Zugehöriges Gesellschaftsbild

Einheitlichkeit, die Orientierung gibt, Rahmen und Handlungsmaxime ist, stellt das Gesellschaftsbild dieser Demokratievorstellung in den Vordergrund. Die Parole „Wir sind das Volk“ mutiert von dem Hinweis auf wir sind die Vielen, Ihr da oben von der SED-Führung seid die Wenigen, hin zu „Wir sind das Volk“, Ihr anderen, die Ihr Euch nicht einreicht, nicht. Die Parole ist bei der Pegida ein Ab- und Ausgrenzungsruf geworden. Dies gilt aber gleichartig auch für andere Einheitlichkeitsvorstellungen: Von der „Leitkultur“, über „Kultur der Aufklärung“ als Kampfbegriff, über „christliches Abendland“, bis hin zu den Vorstellungen religiöser Vereinheitlichung: Z.B. dass man an Gott glauben müsse⁶. Oder gar konkreten Konfessionen angehören müsse⁷. In Deutschland vertritt die AfD mit ihren Forderungen an die Personen mit Migrationshintergrund, sie sollten sich assimilieren oder auswandern, gegenwärtig die für Deutschland relativ radikalste Form dieses Gesellschaftsbildes.

„Wir sind das Volk“ wird als Ausgrenzungsparole im völkischen Sinne uminterpretiert

Diese Gesellschaftsvorstellung will nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeiten. Die sollen vielmehr freiwillig oder gezwungen einer bestimmten Vorstellung entsprechen oder ihr gemäß handeln. Freiheit bedeutet in dem Zusammenhang, die Souveränität des Volkswillens, alle Elemente der Lebensäußerung bestimmen zu können. Eben nicht eingeschränkt zu werden von Individualrechten, von unabhängigen Richtern oder anderen Regularien. Das Volk, die Religionsgemeinschaft oder welches Kollektiv auch immer, bestimmt im Zweifelsfall alles. In der Realität solcher Forderungen gibt es aber nie eine klare Definition dieses Begriffes einer solchen Einheitlichkeit. Es bleiben immer nur Einzelbeispiele, auf dem Niveau, Deutsche begrüßen sich per Handschlag – auch mit Frauen

Freiheit bedeutet in dem Zusammenhang, die Souveränität des Volkswillens, alle Elemente der Lebensäußerung bestimmen zu können

35 Zugehöriges Menschenbild

Diese andere Sichtweise auf die Demokratie rührt von einem anderen Menschenbild her. Die Menschen haben eine andere psychische Grundverfassung. Die Menschen wollen Teil eines Volkskörpers sein. Sie schöpfen ihre Identität aus der Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft. Und sie sind in dieser Eigenschaft alle gleich (und in allen anderen Belangen ungleich).

Es ist die Haltung von Fans eines Fußballclubs, wenn sie in ihre Clubatmosphäre eintauchen. Sie identifizieren sich dann mit dessen Symbolen, dessen Aktionen. Sie ziehen aus dessen Stellung ihr Selbstbewusstsein. Sie sind dann stolz, Angehöriger dieser Gemeinschaft zu sein. Diese Gemeinschaft ist homogen. Wer abweicht, schließt sich selber aus oder wird ausgeschlossen. Kritiker haben dort nichts verloren. Die Aktivität der Fans in Beziehung zum Verein ist nicht, selbst zu spielen, - das tun die angeheuerten Söldnertruppen, - ihre Teilnahme ist die Akklamation und die finanzielle Unterstützung. Es gibt nur Hosianna / „oh wie ist das schön“, oder „kreuzigt ihn“.

⁶ Vergleiche die Kontroverse über einen Gottesbegriff in der Europäischen Verfassung, die dann gescheitert ist.

⁷ Gegenwärtig kommen solche Forderungen besonders stark von Schiiten und Sunniten – bis zum Extrem des „Islamischen Staates“ mit seiner gewaltsamen Ausmerzung aller, die diese Merkmale und Verhaltensweisen nicht teilen.

5 Bezogen auf die Demokratie geht es ihnen darum, Mitglied einer
einheitlichen Masse zu sein. Ab und zu werden sie in Volksabstim-
mungen zur Akklamation aufgerufen. Damit bestätigen sie – meist
mit überwältigender Mehrheit – wieder ihre Einheitlichkeit. Das Bild
10 von der eigenen kollektiven, nicht individuellen, Vollkommenheit
darf keine Kratzer bekommen. Sie betrachten das Vorgehen des
Volkes nach dem Maßstab: „wright or wrong – my country“. Deswe-
gen kämpft die AfD ja für eine neue Erinnerungskultur in Deutsch-
land insbesondere in Beziehung auf die Nazizeit und den Zweiten
Weltkrieg.

**Die Wahl eines Führers
und Akklamation in Ple-
bisziten sind die typi-
schen demokratischen
Betätigungen dieser
Bürger**

15 Es gilt zumeist das Führerprinzip. Die politischen Gruppierungen
heißen nicht mehr Parteien sondern Bewegungen. Sie grenzen sich
von Parteien vehement ab. Die sind ja ausdrücklich nur ein (abge-
hobener) Teil des Volkes, während sie beanspruchen, das ganze
Volk zu sein. Wer nicht mitmacht, tut es noch nicht, oder gehört
20 nicht zum Volk oder schließt sich selber aus. Der politische Inhalt
wird nicht differenziert ausgearbeitet, sondern besteht meist nur
aus wenigen allgemeinen Grundsätzen. Die aktuelle Politik be-
stimmt eigentlich immer der Führer. Und der ist frei darin, was er
25 aufgreift. Seine Bewegung folgt ihm. Es ist das top down Prinzip,
wie es neuerdings wieder bei Präsident Emmanuel Macron und sei-
ner Bewegung En marche klassisch zu beobachten ist.

**Führerprinzip und Be-
wegung statt demokrati-
sche Willensbildung in
Parteien von unten.**

Allgemeine Regeln (selbst eigene zu konkrete), insbesondere wenn
sie von außen kommen, werden als Einschränkung der Freiheit und
des absoluten Volkswillens gebrandmarkt. Richter haben dem
30 Volkswillen zu folgen, nicht abstrakte Normen als Maßstab zu neh-
men. Abweichende Meinungen werden negativ sanktioniert.

Neue Vorstellungen von „Wir sind das Volk“ auch in Deutschland

35 Freiheit ist das Recht des Stärkeren. Deswegen schätzen die
Schwachen (unsere) hochgelobten individuellen Freiheiten nicht so
sehr, wie sie in Sonntagsreden immer als Errungenschaft für alle
herausgestellt werden⁸.

Freiheiten der Starken

40 Die Unterschiede in der gesellschaftlichen Stärke nehmen immer
weiter zu. Bei uns zeigt sich die Zunahme der relativen Ungleich-
heit nicht in Form eines Bruches, sondern er geschieht schlei-
chend. Bei uns bedeutet das nicht: massenhafte absolute Verar-
mung mit Hunger, Obdachlosigkeit und keinem Zugang mehr zum
fließenden Wasser, elektrischem Strom und Ärzten – selbst wenn
das in nennenswerter Zahl durchaus auch vorkommt. Aber das
45 Machtungleichgewicht und die Vermögensunterschiede werden im-
mer größer. Das ist auch vielen bewusst. Und so konnten die Ver-
handlungen zum sog. Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa
und den USA große öffentliche Aufmerksamkeit erringen. Alle ver-
standen, dass mit solch einem Abkommen das Machtungleich-
gewicht auch in der heimischen Gesellschaft noch mal massiv er-
50 höht und sozusagen auf ewig festgeschrieben würde. So konnte
sich daran eine massive Volksbewegung entzünden, obwohl die
Materie kompliziert und in den Einzelheiten von kaum einem nor-
malen Bürger nachvollziehbar war.

⁸ In Russland scheinen die 1990er Jahre, in denen die neuen Freiheiten zur Herausbildung der Oligarchen und zur Verarmung der Massen und totaler Unsicherheit geführt haben, einen extremen Abwehreffekt gegen diese (westlichen) Freiheiten ausgelöst zu haben. Die Mehrheit der Russen will wohl lieber einen starken Staat und starken Führer, unter dem wenigstens alle gleich zu sein scheinen.

5 Auf die Unterschiede in Macht und Einkommen gibt es verschiedene traditionelle politische Reaktionen:

10 a) Linke Parteien und Institutionen fordern traditionell, diesen Trend zu stoppen oder gar umzukehren. Meist geht es darum, die soziale Absicherung der unteren Einkommenschichten auf Kosten der höheren Einkommen zu verstärken. Es soll Vermögenssteuer geben und die Erbschaftssteuern erhöht werden. Den Rest soll eine kompensatorische öffentliche Bildung bewirken. Es ist der klassische Ansatz, mehr Umverteilung von oben nach unten politisch durchzusetzen, und dafür bei „den Massen“ Mehrheiten zu erhalten. Dieser politische Ansatz bewegt sich meist noch im nationalen Rahmen, weil die Sozialkassen, die Bildungspolitik und Instrumente der Umverteilung überwiegend nationale Politikfelder geblieben sind. Das kombinieren die linken Parteien meist auch mit Investitionsprogrammen der öffentlichen Hände, die auf Kredit finanziert werden sollen. Dabei werden „gute“ Investitionen gefördert, die sich ohne diese Förderung privatwirtschaftlich nicht rechnen. Sei es in der Bildung, beim Umweltschutz oder anderen ideologisch begründeten Vorhaben. Durch besser ausgebildete Erwerbstätige, höhere Einkommen und geringere Umweltkosten entstünde ein kontinuierliches Wachstum, das auch die Unternehmen proportional am Erfolg durch höhere Einnahmen beteiligen würde.

Umverteilungspolitik

30 b) Die klassische Antwort der bürgerlichen Parteien ist: Wirtschaftswachstum! Sie unterstellen dabei: Wenn der Kuchen sich vergrößert, werden für alle die Stücke größer – auch wenn die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung das nicht belegt, sondern einen wachsenden Anteil für die Kapitaleinkommen aufweist. Dabei soll das Wirtschaftswachstum meist dadurch angestoßen oder erhöht werden, dass den Unternehmen höhere Gewinne in Aussicht gestellt werden⁹. Es wird darauf hingewiesen: Auch die Sozialhilfe als Existenzminimum bedeutet heute absolut mehr materielle Ausstattung für deren Bezieher als sie Facharbeiter in den 40 50er oder auch 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland sich verdienen konnten. Gegen den Einwand mit der Tatsache, dass die Realeinkommen der unteren 45 40% der Einkommensbezieher in Deutschland auch absolut schrumpfen, weisen sie darauf hin, dass es in der Globalisierung aber eine Angleichung gäbe: Sehr viel mehr der unteren Einkommensschichten in der Welt stiegen aus schierem Hunger und Elend zu erträglichen Existenzbedingungen auf. Das sei ein Erfolg der Wachstumspolitik. Über eine wachsende Gerechtigkeit in der Welt sollten wir uns doch alle freuen.

Wirtschaftswachstum

55 c) In neuerer Zeit breitet sich eine dritte Richtung aus, und hat jetzt auch massiv Deutschland und die USA erfasst: Die der Rechtspopulisten: Am bekanntesten ist der programmatische Spruch dazu: „America first!“ Für die Anhänger dieser Richtung heißt das eigentlich: Nur „wir“ bekommen was, die anderen gar nichts. Es geht um ein Nullsummenspiel. Man bekommt nur etwas auf Kosten der an-

Ausgrenzung der Schwachen

⁹ Diese Wirtschaftspolitik baut auf der „Rossapfeltheorie“ auf. Um die Spatzen zu ernähren, muss man den Pferden Hafer zu fressen geben, damit die Spatzen sich aus den Rossäpfeln ihre Nahrung picken können.

5 deren. Und „the winner takes it all“. Man muss also stark
sein, und wenn man das nicht ist, auf der Seite der Starken
stehen, um was abzubekommen. Es ist die alte Geschichte
vom Brosamen vom Tisch der Reichen. Und um den Platz
10 am Tisch der Reichen müssen sich die Armen auch noch
prügeln. Es ist zwar nicht die direkte biologistische Lehre
vom „survival of the fittest“, aber doch sehr nah daran.
Die Masse der Anhänger dieser Geisteshaltung ist zwar
auch von der Globalisierung und dem relativen Einkom-
15 mensverlust bedroht oder betroffen, aber sie sind noch
nicht unbedingt Hungerleider oder ins Elend Abgestürzte.
Sie wagen aber nicht mehr, den Gedanken zu fassen, den
Mächtigen und Gewinnern der Globalisierung etwas abja-
gen zu können. Schon der Gedanke daran ist angstbesetzt
und tabuisiert.

20 Sie haben mitbekommen: Solidarität wird immer nur in der
eigenen Schicht praktiziert. Wenn umverteilt wird, dann
werden sie dazu herangezogen. Im Zweifelsfalle, wie bei
den privaten Renten, wird das auch noch zu einem Berei-
25 cherungsmodell für die ohnehin schon Reichen. Solidarität
kostet sie, anders als die linken Parteien versprechen, ihr
eigenes Geld.

30 Und beim Umweltschutz sieht es danach nicht anders aus:
Die unterwürfigen Ohnmächtigen tragen Kosten und leisten
zusätzliche Arbeit, während sich eine ganze neue Branche
von Reichen in dem als Business betriebenen Umwelt-
schutz etabliert hat, und die Grünen zu einer Klientelpartei
dieser Unternehmer und Anleger geworden sind. Die un-
35 terwürfigen Ohnmächtigen interpretieren daher die Um-
weltprobleme dahingehend um, dass sie nur erfunden und
propagiert wurden, um Geschäfte zu machen. Die Weltret-
ter – Propaganda und das darin enthaltene moralisierende
Pathos diente nur dazu, den Widerstand gegen die neue
40 Abzocke zu unterdrücken. Ihnen erscheint es so, dass die
Politiker, die sich als „Gutmenschen“ (das ist inzwischen
ein Schimpfwort¹⁰) ausgeben, ihnen Lasten auferlegen, um
sich und ihre Klientel zu begünstigen.¹¹

45 Und schließlich seien ihnen auch noch Ausländer wichtiger
als die eigenen Bürger. Die Politiker fütterten sie aus den
Sozialkassen, die die hart arbeitenden Deutschen mit ihren
Abgaben füllen. Diese Multi-Kulti Propagandisten züchteten
sich ihr eigenes Wahlvolk zusammen, mit dem sie dann
langfristig die Mehrheit behalten könnten.

50 Nur reiche und mächtige Rechte, wie Trump in den USA
oder Babis in Tschechien, könnten sich in dem verfilzten
und ideologisch versifften System leisten, die Sache beim
Namen zu nennen. Sie würden sich nicht der Sprachpolizei
der Medien, mit ihrer „Political Correctness“, unterordnen.
Die Reichen schafften auch nur Arbeitsplätze, wenn ihre
55 Interessen bzw. Erfahrungen / „Expertise“ berücksichtigt
würden.

**Unterstellte Heuchelei
der „Gutmenschen“, die
angeblich in die eigene
Tasche wirtschaften**

**Die Reichen seien die
Ehrlichen**

¹⁰ Siehe dazu die Rede Ilija Trojanow Dankesrede zum Böll-Preis : Verteidigung des Gutmenschen, abgedruckt in der FAZ am 25.11.2017

¹¹ Z.B. der Leserbrief am 21.11.2017 eines sich selbst „Bremen-Fan“ nennenden Forumteilnehmers zum Artikel über die wachsenden sozialen Probleme in Bremen Nord in der Digitalausgabe des Weser Kuriers vom selben Tag „So ein Risikogebiet (Bremen Nord – R.D.) schafft aber auch Arbeitsplätze Bei Soz-Päds, Beratern, Jobcenter, Polizei, Gerichten usw. Wichtig ist die gute Anbindung der Risikogebiete mit ÖPNV und Fahrrad-Autobahnen. So können die Helfer aus dem Ostertor und Schwachhausen ökologisch ihre Arbeitsplätze und Kunden in den Risikogebieten erreichen.“

5 Das würden im realen Leben ja auch die Linken anerken-
nen. In einzelnen Großunternehmen konkurrierten die Ge-
werkschaften ja schon um die Investitionen und Arbeitsver-
teilung innerhalb der Konzerne durch immer mehr Zuge-
ständnisse der Beschäftigten an die Unternehmen. Wenn
10 diese – meist SPD-nahen – Betriebsräte das schon aner-
kennen und mitmachen, mit Zugeständnissen bei Lohn und
Arbeitsbedingungen dafür zu sorgen, dass z.B. die nächste
Generation eines Produktes in ihrem Werk hergestellt wird
oder auch nur die notwendigen Instandhaltungsinvestitio-
nen durchgeführt werden, dann ist das eben weltweit auch
15 so. Da darf man diesen Reichen und Mächtigen nicht in
den Arm fallen. Da ist man doch lieber Teil eines winning
Teams! Da ist man stolz auf Exportüberschüsse, von denen
man objektiv selber gar nichts hat, auch keine Ansprüche
daraus ableiten kann. Da glaubt man denen doch lieber,
20 die versprechen, dass sie ohne die ganze Schicht von Par-
teifunktionären, die sich mit Ideologien doch nur ihre eigen-
en Posten und Pfründen schaffen, besser leben werde –
auch wenn die Reichen dabei noch reicher werden. Die
lassen wenigstens nicht irgendwelche daher gelaufenen
25 Typen an die Töpfe.

Die Unternehmer, Reichen und Mächtigen hätten eben ein-
en gesunden Egoismus. Und so will man – zwar auf nied-
rigerem Niveau – sich auch nicht die Butter vom Brot neh-
men lassen. Es ist die Stimmung wie auf Betriebsfeiern, wo
30 von oben bis unten die große Gemeinschaft beschworen
und redselig begossen wird, wo aber sowieso meist nur die
Menschen gleicher Hierarchiestufen miteinander sprechen.

Es geht dabei eben um „die“ oder „wir“. Zwar lässt sich gar
nicht definieren, wer „wir“ sind. Aber das wird von Fall zu
Fall immer aggressiver an Hand nicht etwa definierter Be-
griffe, sondern in aktuellen Beispielen festgesetzt: ... es
kommen dann die typischen Sätze, die auf solche Frage
nach der Definition dessen, wer oder was mit dem „wir“
40 gemeint sei, mit Ausdrücken geantwortet wird wie „ist,
wenn (nicht)...“ Immer mehr Menschen werden an Hand
äußerer oder angedichteter Merkmale des „anderen“ aus-
geschlossen und manchmal sogar zu „Gefährdern¹²“ oder
Feinden erklärt.

Die unterwürfigen Massen nehmen an der Macht dadurch
teil, dass sie Anpassungsdruck auch auf Umstände, Er-
scheinungsformen und Verhaltensweisen ausüben, die ihre
Freiheit gar nicht einschränken. Z.B. Verbot bestimmter
Bekleidung, Frisuren (z.B. gegen „langhaarige Typen“),
50 Bauweisen (Minarette). Da solche Ver- oder Gebote will-
kürlich festgelegt werden können, können sie auch alles
und jeden treffen. Solche Ver- und Gebote haben einzig die
Funktion: Auszugrenzen und Macht über andere auszuüben
und damit an der Macht der Mächtigen beteiligt zu sein.
55 Ein besseres Leben kommt dabei nicht heraus, oder viel-
leicht nur in dem Sinne, dass man sich bei irgendwelchen
Gelegenheiten, z.B. beim Abendbrot in der Familie, damit

**Angeblich gesunder in-
dividueller und kollekti-
ver Egoismus**

**„wir“ und „die“ wird
nicht definiert, sondern
von Fall zu Fall oppor-
tunistisch beschrieben.**

**Durch Teilnahme an Un-
terdrückung sich selbst
erhöhen**

¹² Eine neue Wortschöpfung dieser Ausgrenzer. Das Rechtschreibprogramm von Word 13 von Microsoft kennt es noch gar nicht.

5 brüsten kann: „Dem (Ausgegrenzten) habe ich es aber gegeben“.

Zugehörige Mentalität

Bei Menschen mit diesen Gedankengängen herrscht die Mentalität von Gefolgsleuten: Sie wollen gar nicht ein freies Leben in eigener Verantwortung leben. Sie passen sich der Gemeinschaft an oder folgen einem Führer. Ihr Denken und Fühlen sind hierarchisch ausgebildet. Sie hassen „Gutmenschen“, weil sie ihnen vorleben, dass sie auch anders könnten. Sie verspotten sie als naiv oder meinen gar, dass sie das Schlechte schüfen¹³. Wenn alle sich der Macht und Gewohnheit unterordneten, ginge alles besser. Deswegen fordern sie Assimilation. Sie fordern die Einheitlichkeit, sei es im kulturellen Habitus (Leitkultur – mache es sich fest an Kleidung, Sprache, Kopfbehaarung, Ernährung, Tischsitten, Getränken bei Geselligkeiten, Genuss von Tabakwaren, Begrüßungszeremonien ...), Religion (Christentum gegen Islam, Sunniten versus Schiiten, versus Sufis, versus Alawiten, versus Jesiden ...). Selbst diejenigen, die hier die reale Gleichstellung der Frau am wenigsten entsprechen (ausweislich der Anteile von Frauen in den CDU/CSU und AfD Fraktionen im Bundestag,) nutzen sie, um die rechtliche Gleichstellung der Frauen als kulturelles Abgrenzungsargument gegenüber islamisch geprägten Kulturen zu betonen. Die Einzelheiten sind beliebig und daher unendlich.

Mentalität von Gefolgsleuten, aggressiven Securities

Es geht nur um eins: Im Bewusstsein der unterwürfigen Massen, die dafür empfänglich sind, Minderheiten zu schaffen. Ihnen Angst vor ihnen einzuflößen, obwohl es sich um Schwache handelt. Es ist geradezu grotesk, wie immer wieder argumentiert wird, die Armen und Schwachen würden den Gang der Dinge bestimmen, die Reichen und Mächtigen beherrschen und ausbeuten. Nur weil es unter den Politikern ein paar von schädlicher Menschenliebe und Gefühlsduselei Angekränkelte oder gar Berechnende gäbe, die sich mit Hilfe der Armen und Schwachen an führende Positionen brächten, würden alle verarmen, weil der Müßiggang und Faulheit prämiert würde, und es würde schließlich unsere Kultur untergehen. Es geht real darum, den Beißtrieb oder die Wut auf diese Ausgegrenzten und ihre Vertreter abzurichten. Es geht um Ab – und Ausgrenzung, Hass und Unterdrückung. Solidarität soll immer weiter eingeschränkt werden, indem die Gruppen, die zu den „wir“ gerechnet werden, immer kleiner werden. Es geht nicht um Freiheit und reales Wohlergehen für die Einzelnen.

Arme und Schwache bestimmen angeblich den Gang der Geschichte und bewirken auch den kulturellen Untergang

45 Aber liegen der Mangel an Demokratie, Selbstbestimmung und der resignierte Rückzug in autoritäre Haltungen vielleicht an den mangelnden demokratischen Strukturen? Sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten zu fern oder zu indirekt? Gibt es Größenverhältnisse und Formen der Demokratie, die die Mitwirkung fördern effektiv und transparent machen?

¹³ Z.B. dass diejenigen, die Bootsflüchtlinge von untergehenden Booten aus dem Meer retten, die Fluchtbewegung über das Meer erzeugen. Wie willkürlich so etwas Mal behauptet wird ein anderes Mal die gleichen Verhaltensweisen aber auch offiziell als heldenmütige Rettungstaten gewürdigt werden, zeigt der Vergleich der Rettungsfahrten von Cap Anamur seinerzeit vor der südvietnamesischen Küste, als die antikommunistischen Boatpeople vor den neuen Machthabern flohen mit den jetzigen Rettungsfahrten vor der Libyschen Küste. „Deutlich schärfere Worte als Innenminister de Maizière wählte sein österreichischer Amtskollege Wolfgang Sobotka. Er forderte Strafen für "selbst ernannte Seenot-Retter" im Mittelmeer. Einzelnen Hilfsorganisationen warf er in der "Bild"-Zeitung vor, direkt mit Schlepperbanden vor der libyschen Küste zu kooperieren.“ Aus Spiegel online vom 18.7.2017 um 7:20 Uhr – gefunden am 8.12.2017

5 Durch Regionalisierung mehr Demokratie?

Je kleiner die Einheiten, umso weniger können sie regeln. Umso mehr gelten äußere Zwänge. Alterssicherung kann nicht mehr auf die Familie basiert werden, weil Familien zu klein geworden sind, um möglicherweise relativ viele Alte zu unterhalten und zu pflegen. Eine Rentenversicherung muss viele umfassen. Je kleiner der Einzugsbereich einer Rentenversicherung, umso unsicherer die Versorgungssicherheit. Verkehrsplanung (Straßen, Eisenbahnen, Flugsicherheit, Rohrleitungen, Funknetze, Verkehrsregeln in Luft und auf der See, Satellitenstandorte bzw. -Umlaufbahnen...) geht nur großräumig, international. Usw. usf. Kleinräumige Entscheidungen mit dem bewirkten Zweck gehen da nicht.

Nun gibt es in Europa viele Bestrebungen, regionale Autonomie oder gar regional staatliche Selbstständigkeit herzustellen. Die jüngsten, die virulent geworden sind und in der überregionalen Presse Beachtung fanden, waren die in Schottland und Katalonien. Beide beriefen sich, wie die meisten anderen auch, auf bestimmte kulturelle Eigenarten, die sie im Gesamtstaat, dem sie noch angehören, nicht voll ausleben könnten. Es geht also auch wieder um eine Einheitlichkeit, die andere mehr oder weniger ausschließt. Einerseits also ein völkisches Prinzip. Das, was unterdrückt fühlenden Völker durch Selbstständigkeit überwinden wollen, fügen sie dann, wenn sie diese Selbstständigkeit erlangt haben, anderen Randgruppen häufig zu: Z.B. den Russen in den Baltischen Staaten, den Palästinensern in Israel, Serben, Kroaten, Bosniaken, Kosovaren den jeweils anderen Volksgruppen auf dem Balkan ...

Andererseits geht es meist auch um Verfügung über Ressourcen. Diejenigen, die Unabhängigkeit verlangen, sehen sich meist in Reichweite von Einkommensquellen, die sie gegenwärtig mit anderen teilen müssen. Und das wollen sie nicht in dem gegenwärtigen Umfang. Bei den Schotten ist es das Erdöl, das im Festlandssockel vor ihrer Küste gefördert wird. Die Konzessionsabgaben wollen sie ganz für Schottland. Katalonien ist das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Gebiet in Spanien, und will von seinen Steueraufkommen nicht so viel für die Entwicklung der anderen Regionen abgeben. Die Lega Nord in Italien erfand sogar eine ganz neue politische Einheit und völkische Identität Pandanien¹⁴, um ihren Anspruch, die Einnahmen des weiter entwickelten Teils Italiens mit Süditalien nicht teilen zu müssen, zu begründen. In Belgien wollen die flämischen Landesteile auch den wallonischen nicht so viel abgeben ... Das hört sich alles nach der Haltung „Amerika first“ an oder auf Deutsch „Wir geben nix!“¹⁵.

Wenn die kleineren Gebiete schon den Minderheitenschutz nicht besser schützen als die großen Einheitsstaaten, und nicht solidarischer sind, sind sie dann wenigstens demokratischer und näher an der Bevölkerung? Die jüngsten Vorgänge in Malta, das für eine basisdemokratische Volksherrschaft nun wahrlich klein genug ist, zeigt, dass dem mitnichten so ist: Malta wird anscheinend von einer Clique regiert, die zur Verteidigung ihrer Macht und Pfründen selbst vor mafiösen Morden¹⁶ nicht zurückschreckt. Auch Bremen,

¹⁴ Eine ideologische Erfindung, die sie inzwischen in der Versenkung haben verschwinden lassen. Pandanien bezeichnete sonst geographisch die Poebene.

¹⁵ Wem wirtschaftliche Überschüsse zustehen oder an wen sie nach welchen Gesichtspunkten verteilt werden sollen, insbesondere, wenn sie aus Rohstoffmonopolen stammen, ist eine komplizierte Frage und hier nicht zu klären. Jedenfalls ist eine territoriale Zuordnung eher ein feudaler Ansatz als ein demokratischer oder wohlfahrtsökonomischer.

¹⁶ Die Bloggerin Daphne Caruana Galizia war am 16. Oktober in der Nähe ihres Hauses auf der Mittelmeerinsel mit ihrem Auto in die Luft gesprengt worden. Laut WK vom 5.12.2017

5 als kleinstes Bundesland mit sehr kleinteiligen Stadtteilvertretungen, wird von seinen Bewohnern nicht als besonders basisdemokratisch empfunden. Man spricht vielmehr vom alles beherrschenden Filz. Die Stadtteilvertretungen in den Stadtteilen sind untere Durchsetzungsorgane der Parteien: Siehe meinen Beitrag
10 <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20121210.pdf>
mit dem Titel „Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument“

Regionalisierung mit anderen Werten in der Gemeinschaft leben

15 Wäre es also demokratisch, wenn Europa in Regionen sich weiter differenzieren würde. Dort dann aber illiberale Demokratien sich ausprägen würden? Sie würden nach innen Einheitlichkeit fordern, und abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten unterdrücken. Recht würde dann sozusagen in der Volksversammlung gesprochen, bzw. durch die Ausschüsse der Bewegungen, die den
20 jeweiligen Führern folgen. Man höre sich nur an, wie Erdogan Urteile über Personen öffentlich ausspricht, die noch gar nicht angeklagt sind.

25 Statt staatlichem Separatismus ist die Frage, ob die Gesetze im Gesamtstaat so geordnet werden können, dass Gemeinschaften auf freiwilliger Basis ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten können? Also liberale Demokratien gebildet werden.

30 Die Amische in den USA schaffen es, ein Leben zu führen, das ihrer Umgebung völlig entgegen gesetzt ist. Der Rechtsrahmen in den jeweiligen US-Bundesstaaten, in denen sie leben, ist dafür weit genug. Bei den Amische wird streng geprüft, ob der Eintrittswillige die Regeln einhält, bevor er aufgenommen wird. Den Amischen ist materieller Wohlstand nicht das höchste Gut. Wer nicht mitmachen will, der kann sich abwenden und sein Leben nach anderen Prinzipien gestalten. Er wird dann zwar aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, aber nicht vertrieben oder gar strafrechtlich verfolgt. Er
35 kann bleiben oder gehen. Wer mitmachen will und aufgenommen wird, kann kommen.

Glaubensgemeinschaften, die in liberalen Demokratien unbehelligt abweichende Lebensstile praktizieren können, ohne sich abzuspalten

40 Freizügigkeit nur in eine Richtung ist keine. Wenn man nur abwandern darf, aber niemand einen aufnehmen will, gibt es keine Freizügigkeit. Also muss es auch ein Recht der Zuwanderung geben. Im Prinzip wird das Recht bei uns nur auf die EU beschränkt. Aber seit 2015 klinken sich immer mehr Staaten der EU aus diesem Grundrecht der Freizügigkeit aus. Es würde zur Farce, wenn die EU in lauter Regionen aufgeteilt würde, die jeweils einen Einheitlichkeitsanspruch an ihre Bürger hätten und andere nicht mehr einwandern ließen. Dann nützte auch das Recht, wegzuziehen nichts
45 mehr, weil es kein Wohin mehr gäbe. Das Grundrecht der freien Wohnsitzwahl wäre dahin!

Freizügigkeit wird ein immer wichtigeres Grundrecht

50 Oder dürfen die Regionen, die sich dann als „Gemeinschaften“ verstehen, gar diejenigen ausweisen, die sich in die engen Gemeinschaftsregeln nicht integrieren wollen? Auf dem Balkan haben wir ja in den 1990er Jahren wieder so etwas erlebt, wie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in Europa mit den ethnischen Säuberungen. Wird so etwas wieder möglich – vielleicht dann auf neu ausgeguckte und zurechtgeschnittene Personenkreise bezogen? (z.B.
55 solche Begriffe wie „Personen mit Migrationshintergrund“, Muslime, Gefährder, Terroristen, ...)

5 „Illiberale Demokratien“

Grundlage einer freiheitlichen Rechtsordnung ist, dass jeder sich frei betätigen darf, solange er die Freiheit und die Rechte anderer nicht verletzt. Offensichtlich gibt es viele Leute, die Liberalität in dem Sinne nicht wollen.

10 Viele wollen anderen Verhaltensvorschriften machen: Z.B. Kirchen ihren Mitgliedern, Unternehmen der Kirchen ihren Mitarbeitern und kirchliche Orden ihren Angehörigen, Firmen ihren Angestellten¹⁷. Unser Rechtssystem ist noch an vielen Stellen geprägt von diesem Geist der Intoleranz. Viele halten es daher für normal, dass der Staat, Unternehmen oder sonstige Mächtige Vorschriften erlassen, die die Freiheit der Betroffenen einschränken, ohne das Rechtsgut von jemanden anderen zu schützen. Z.B. gibt es auf vielen öffentlichen Friedhöfen in Deutschland sehr enge Vorschriften, welche Art und Weise der Grabgestaltung und der Totenehrung erlaubt sind.¹⁸

15 Die haben nichts mit Seuchenschutz, Hygiene oder Sicherheit zu tun, sondern sind reine Gestaltungsvorschriften nach dem Gutdünken der Verwalter.

In unseren Kleingartenvereinen werden die Mitglieder z.T. massiv reglementiert. Zur Rechtfertigung wird gesagt, wer nicht so will, kann ja gehen. Es handele sich schließlich um eine Vereinssatzung auf gesetzlicher Grundlage, die das Mitglied unterschrieben habe. Auch das Bauplanungsrecht maßt sich häufig Gestaltungsvorschriften an, die eine „Einheitlichkeit“ eines Baugebietes oder gar die Gestaltung einzelner Gebäude, von Hecken und Vieles andere mehr vorschreiben. Diese und viele andere Arten der Willkür von Behörden, Firmen und Mächtigen leisten einer weit verbreiteten Meinung Vorschub, es gäbe keine prinzipielle Grenze der Regelungswut. Auch nicht für und in der Demokratie. Sie könnte beschließen und vorschreiben, was sie wolle. Das wird von den meisten trotzdem als richtige Ordnungssetzung nicht nur toleriert, sondern sogar gebilligt oder gar gefordert. Und die Politiker rühren nicht daran, weil sie ihnen Macht geben.

Regelungswut in vielen Bereichen leistet Missverständnis über Recht des Staates Vorschub

Neuerdings wird in diesem illiberalen Sinn auf immer mehr Lebensgebieten nach Vorschriften gerufen und z.T. umgesetzt, durch die der Freiheitsraum von Menschen eingeschränkt wird, ohne dass der Freiheitsraum der anderen dadurch geschützt oder erweitert würde. Die am meisten aktuell diskutierten sind dabei Kleidervorschriften für Frauen: Dürfen sie Kopftuch, Burka¹⁹ oder Burkini am Strand tragen? Oder auch Bauvorschriften, die Muslimen den Bau von Moscheen oder zumindest von Minaretten untersagen. Letzteres ist in der Schweiz durch eine Volksabstimmung, die u.a. von der Schweizerischen Volkspartei initiiert wurde, am 29.11.2009 beschlossen worden²⁰.

¹⁷ Besonders krass und in unserer Welt auf Empörung stoßend sind Ehrenvorschriften in Familien aus islamisch geprägten Ländern, und Beschneidungsvorschriften an Mädchen hauptsächlich aus dem ostafrikanischen Raum. Viel weniger Kritik löst die Beschneidung von Jungen in jüdischen und arabischen Familien hierzulande aus als die Beschneidung der Ringelschwänze von jungen Ferkeln bei der Massentierhaltung in Schweineställen. Auch weniger als das Tragen von Kopftüchern.

¹⁸ Bremen liberalisiert erst seit Kurzem seine Bestattungsvorschriften und hat jetzt wohl die liberalste Regelung in Deutschland.

¹⁹ Unter diesem in Westeuropa gängigen Begriff für ein Ganzkörpergewand werden verschiedene Kleidungsstücke wie Nikab, Schaila, Hijab u.a. zusammengefasst, die tatsächlich oder auch nicht, das Gesicht der sie tragenden Frauen verhüllen und wie bei der Burka auch die Augen hinter einem Gitternetzgewebe verbergen. Sie sind u.a. in verschiedener Ausprägung in Frankreich, Belgien und Österreich verboten worden. Sie haben z.T. zu grotesken Aktionen geführt. Z.B. dass Burkini-Trägerinnen am Strand von der Polizei aufgefordert wurden, Bikinis anzuziehen oder den Strand zu verlassen.

²⁰ Gegen diesen Volksentscheid wollten die Grünen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg klagen, weil die Religionsfreiheit, als ein Menschenrecht dadurch eingeschränkt würde²⁰. Bis heute hat kein Gerichtsverfahren weder vor nationalen noch vor internationalen Gerichten stattgefunden. Eine abstrakte Normenkontrolle ist anscheinend

5 Sollte man also auch regionale Gemeinschaften zulassen, die z.B. Kleidervorschriften erlassen? Wo sind die Grenzen der demokratischen Regelungswut? Was können, dürfen und sollten die internationalen Vertragspartner tun, wenn die Völker sich von ihren grundlegenden Werten abwenden?

10 Die politische Gemeinschaft mit solchen Ländern in Europa sollte aufgehoben werden. Die Wiedergewinnung liberaler demokratischer Verhältnisse muss den Völkern aber dann selbst überlassen werden und darf nicht von außen mit staatlichen Machtmitteln erzwungen werden.

15 **Sind Volksabstimmungen – Plebiszite das Mittel zu mehr Basis-Demokratie?**

Rein theoretisch scheint eine Kombination von kleinen Einheiten und Volksabstimmungen die beste Kombination, um die Demokratie volksnah und direkt zu verwirklichen.

20 Es ist dabei sehr erstaunlich, wie relativ gering die Beteiligung an Volksabstimmungen z.B. in der Schweiz sind – gerade auch bei solchen auf der Ebene von Kantonen und Gemeinden. Dabei ist auch zu bemerken, dass selbst in politischen Parteien hierzulande, in denen sich ja eigentlich politisch interessiertere Teile der Bevölkerung versammeln, bei Mitgliederbefragungen, die mit Volksabstimmungen vergleichbar sind, häufig nicht einmal die Hälfte der Mitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Bei Entscheidungen über Sachfragen, also über politische Inhalte, sind die Teilnahmequoten meist besonders niedrig. Aber selbst bei Abstimmungen über Führungspersonal gibt es keine allgemeine Mobilisierung des Wahlvolkes. Bei der Mitgliederbefragung der SPD im Jahr 30 1993, wer Parteivorsitzende(r) werden sollte, beteiligten sich nur 57% des Parteivolkes an dieser Wahl²¹.

35 Auch die Urwahlen über die Kandidaten zu Präsidentschaftswahlen in den USA werden zwar weltweit prominent medial verbreitet. Die Wahlbeteiligung ist gemessen an der Bevölkerung doch eher gering. Die Repräsentativität und Legitimität der Entscheidungen durch Plebiszit steigt daher kaum.

40 **Komplexität der verschiedenen Materien**

Kann wirklich das Volk über die so verschiedenen Materien ein sachlich begründetes Urteil abgeben und sich sachlich entscheiden. Unser Leben wird rechtlich geordnet von verschiedensten Gesetzestexten, die ganze Bücher füllen. Z.B. das Bürgerliche Gesetzbuch, das Handelsgesetzbuch, das Strafgesetzbuch, das Baugesetzbuch, das Nachbarschaftsrecht, das Mietrecht, das Wohnungseigentumsgesetz, das Bergrecht, x Umweltgesetze, die Straßenverkehrsordnung, die Sozialgesetzbücher, das Arbeitsrecht usw. usf. Darin leben wir gewohnheitsmäßig aber auch bewusst die Regelungen nutzend. Alle Rechtssphären sind im wirklichen Leben miteinander verbunden und haben Wechselwirkungen. Selbst wenn 50 „das Volk“ in einer Aufwallung beschließen würde, das alles neu auf den Prüfstand stellen zu wollen, so würde es dazu Ausschüsse gründen. Die würden mit Repräsentanten besetzt. Die würden sich schlau machen und damit Wissensvorsprünge herausarbeiten. Sie würden sich untereinander vernetzen. Kurz, es würde ein parlamentarischer Betrieb entstehen. Im Plenum würden dann Kompromisse 55 vorgestellt. Vielleicht würden die dann dem Volk noch Mal zur Be-

Plebiszite führen nicht automatisch zu einer höheren Legitimation demokratischer Verfahren

Komplexität der arbeitsteiligen Gesellschaft entzieht sich schlichter Volksherrschaft durch dauernde Volksentscheide

nicht eingereicht und der Bau eines Minarets in der Schweiz seither nicht beantragt worden, so dass darüber auch nicht rechtlich gestritten werden konnte.

21 Ergebnis: 40% Rudolph Scharping, 33% Gerhard Schröder, 26,5% Heidemarie Wieczorek-Zeul.

5 schlussfassung vorgelegt. Aber eine detaillierte inhaltliche Teil-
nahme wäre gar nicht möglich. Vielleicht gäbe es Alternativentwür-
fe, bei denen es aber nur um wenige Streitpunkte gehen könnte.
Die Tausende Paragraphen entziehen sich einfach des Aufwandes
10 an Zeit und Kraft wegen, die zu ihrem Verständnis erforderlich wä-
ren, der inhaltlichen unmittelbaren Entscheidung des Volkes.

Je komplexer die Fragestellungen werden, umso weniger werden
sich beteiligen. Und die sich beteiligen werden wieder in größerem
Maße die gebildeten und besser verdienenden Stände sein, die
sich freie Zeit für die Teilnahme an den Diskussionen kaufen kön-
15 nen. Die ärmeren Dienstleister werden wieder ganz unterproportio-
nal repräsentiert werden.

Und natürlich gibt es in jeder Gesellschaft widerstreitende Interes-
sen. Selbst wenn die Wirtschaft weitgehend demokratisiert wäre.
Also es gibt in jedem Fall Lobbying. Und da haben die oberen Ein-
kommensbezieher und Entscheider immer die besseren Karten²².

So werfen Volksentscheide und Volksabstimmungen meist nur
punktuelle Steine in einen breiten Strom der Ereignisse. An den
grundlegenden Realitäten der menschlichen Beziehungen unterei-
nander und zur Natur, die die Politik regelt, ändern solche punktu-
25 ellen Eingriffe kaum mal etwas. Ob der Brexit ein Gegenbeispiel
wird, ist noch nicht ausgemacht – schließlich ist gerade das engli-
sche Rechtssystem geprägt von einem solchen historischen Strom
von richterlichen Entscheidungen. Ein Beispiel für die geringe
punktuelle Wirkung von Volksentscheidungen wäre die Volksab-
30 stimmung in Trier über den Fortbestand der Tankstelle „Blaue La-
gune“, die am 10.12.2017²³ stattfinden soll.

Geld und Solidarität

Fast alle öffentlichen Maßnahmen haben auch etwas mit den öf-
fentlichen Finanzen zu tun. Wenn sowohl Steuern und Abgaben als
35 auch Ausgabenprogramme durch Volksentscheide festgelegt wer-
den, kann es passieren, dass die Beschlüsse sich widersprechen.
So ist m.W. der reiche US Bundesstaat Kalifornien dadurch in Zah-
lungsunfähigkeit geraten, dass Ausgabenprogramme beschlossen,
aber die dafür notwendigen Mittel nicht bewilligt wurden²⁴. Es gibt
40 in deutschen Bundesländern Gesetze zu Volksentscheiden, die sol-
che ausschließen, wenn die Konsequenzen etwas kosten. Das
kann´s ja dann auch nicht sein! Denn dann werden die meisten Ge-
genstände, die öffentlich zur Diskussion stehen, von vorneherein
von direkten Entscheidungen durch das Volk ausgenommen.

45 Plebiszite sind häufig ein Herrschaftsinstrument von Diktatoren und
Populisten, die spektakulär einzelne Erscheinungsformen der Poli-
tik oder des gesellschaftlichen Lebens aufgreifen und darüber ab-
stimmen lassen. Wenn sie dann – wie meist – überwältigende
Mehrheiten für eine suggestive Frage einfahren, schöpfen sie dar-
50 aus ihre scheinbare Legitimation.

²² Damit soll „das Kaufen der Republik“ durch die Wirtschaft in den Kohl-Jahren der Bundesrepublik nicht als ein natürli-
cher Vorgang verharmlost werden (Spenden von Flick, der Staatsbürgerlichen Vereinigung und Finanzierung von Schwar-
zen Kassen, mit denen Kohl seinen Machterwerb und Machterhalt betrieb.)

²³ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 6.12.2017 s. 3

²⁴ Zeit online vom 3.11.2010: Durch Volksabstimmung wurde beschlossen, dass Steuer- und Abgabe nur mit 2/3 Mehrheit
im Kongress erhöht werden dürften.

Kalifornien hat so viele Schulden angehäuft, dass Straftäter aus den Gefängnissen und Lehrer massenweise entlassen und
Staatsdiener in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt wurden, um nicht zahlungsunfähig zu werden laut Spiegel online
vom 31.1.2011.

Später wurden per Volksentscheid dann doch die Steuern erhöht. Laut Wirtschaftswoche vom 10.2.2013

5 Ausblick

Martin Schulz beschwört als eine Perspektive einer neuen Bundesregierung, an der sich die SPD beteiligt, einen neuen Aufbruch in Richtung auf „Vereinigte Staaten von Europa“. Ihr Staatszweck müssten m.E. die Werte der Menschlichkeit, Solidarität und Freiheit des Einzelnen und dürften nicht der imperiale Staat sein, der überall in der Welt machtvoll mitmischt, wie Sigmar Gabriel den Zweck eines so vereinigten Europas gleich erläuterte. (Siehe auch meinen Beitrag „Flucht nach vorne mit Europa“ darin ab S 6: Europa als Friedensmacht und Wünsche an Europa

<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20171126.pdf>)

Martin Schulz würde dabei die illiberalen Demokratien sich abspalten lassen. Aber er brauchte dafür eine Massenbewegung, die Europa von unten her aufbauen würde. Das sagt er implizite zwar, kann es aber nicht mehr selbst wirksam anstoßen. Die illiberalen Demokratien in Europa, die sich abspalten würden, würden auch den Kontinent wieder bzw. noch stärker spalten.

Inzwischen dreht sich der Kampf in Europa und in den Einzelstaaten schon darum, nicht Europa als Pol der Freiheit und des Wohlstandes weiter zu entwickeln, sondern die Grundrechte und die Gewaltenteilung zu bewahren.

Wenn der Furor illiberaler Demokratien in immer mehr Ländern die Macht ergreift, dann werden die Freizügigkeit und das Asylrecht umso wichtiger. Vielleicht ja auch für uns persönlich. Dann werden vielleicht nicht wir türkischen Flüchtlingen vor Erdogans Regime Schutz gewähren müssen, sondern wir aus Deutschland wieder in die Türkei fliehen, die bis dahin vielleicht wieder die Menschenrechte demokratisch verteidigt.